

NACHRICHTEN

Spanien: Aznar löst Parlament auf

MADRID: Spaniens Ministerpräsident José María Aznar hat sein Kabinett für diesen Montag zu einer Sondersitzung einberufen, um eine Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen zu beschließen. Wie am Sonntag in Madrid verlautete, will der Regierungschef am Montagabend König Juan Carlos offiziell über den Wahltermin informieren. Es gilt als praktisch sicher, dass die Parlamentswahlen am 12. März stattfinden werden. Mit der Auflösung des Parlaments geht die Legislaturperiode nach knapp vier Jahren offiziell zu Ende. Sie war mit fast 46 Monaten die längste seit Spaniens Rückkehr zur Demokratie. Nach Meinungsumfragen geht Aznars konservative Volkspartei (PP) mit einem deutlichen Vorsprung vor den Sozialisten (PSOE) in die Wahl.

Bleiberecht für Karmapa Lama

NEU DELHI: Die indische Regierung hat dem Anfang Januar aus Tibet geflohenen Karmapa Lama erstmals ein Bleiberecht zugestanden. Verteidigungsminister George Fernandes sagte am Sonntag in Neu Delhi, wer nach Indien komme und dort eine Weile bleiben wolle, dürfe dies tun. Der Aufenthalt des 14-jährigen Ugyen Trinley Dorji im Land werde aber keinen Einfluss auf die Beziehungen Indiens zu China haben. Fernandes zufolge hat der Karmapa Lama noch keinen Asylantrag gestellt. Die Führung in Peking hatte davor gewarnt, dass sich Indien in innere Angelegenheiten Chinas einmische, sollte es dem dritthöchsten geistlichen Führer der Tibeter politisches Asyl gewähren. Der 14-Jährige, der als 17. Wiedergeburt Buddhas verehrt wird, war am 5. Januar nach einem Fussmarsch über den Himalaja im indischen Dharamsala eingetroffen. Über seine Zukunftspläne wurde bislang noch nichts bekannt.

Chilenen wählen neuen Präsidenten



SANTIAGO: In Chile haben die Wahlberechtigten am Sonntag in einer Stichwahl über ihren neuen Präsidenten entschieden. In einem Kopf-an-Kopf-Rennen standen sich Ricardo Lagos (Bild) vom Mitte-Links-Bündnis Concertacion und der konservative Joaquín Lavín gegenüber. Die Wahl verlief ruhig und Zwischenfälle wurden zunächst nicht bekannt. In Chile besteht Wahlpflicht. Für die öffentliche Sicherheit und den Schutz der 29 500 Wahllokale waren die Streitkräfte zuständig. In letzten Umfragen vor der Wahl lagen beide gleichauf. Beim ersten Wahlgang im Dezember hatte keiner der beiden Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht. Lagos lag mit 47,96 Prozent der Stimmen weniger als einen halben Prozentpunkt vor Lavín.

Wirtschaftsboom geht auf Kosten der Erde

WASHINGTON: Der Wirtschaftsboom in den Industriestaaten geht nach Auffassung des amerikanischen Worldwatch-Instituts zunehmend auf Kosten der Erde. Die Internet-Euphorie und der Boom an den Aktienmärkten verstellten den Blick für die verheerende Entwicklungstendenzen in den Ökosystemen der Erde, erklärte das Institut in seinem am Samstag in Washington veröffentlichten Bericht über die Lage der Welt im Jahr 2000. «Während der Dow-Jones-Index nach oben geht, geht es mit der Gesundheit der Erde bergab», sagte Worldwatch-Präsident Lester Brown. Die beiden größten Herausforderungen des neuen Jahrhunderts seien die Stabilisierung des Weltklimas und die Begrenzung des globalen Bevölkerungswachstums.

Guerilla-Angriffe in Kolumbien

BOGOTÁ: Bei Guerilla-Angriffen sind in Kolumbien mindestens 53 Menschen getötet und weitere 21 verletzt worden. Nach Militärangaben überfielen Kämpfer der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) am Samstag drei Dörfer südlich der Hauptstadt Bogotá. Anschließend lieferten sich die Rebellen heftige Gefechte mit der Armee. Diese ging mit Unterstützung von Helikoptern und Flugzeugen gegen die Rebellen vor.

Halonen hat die Nase vorn

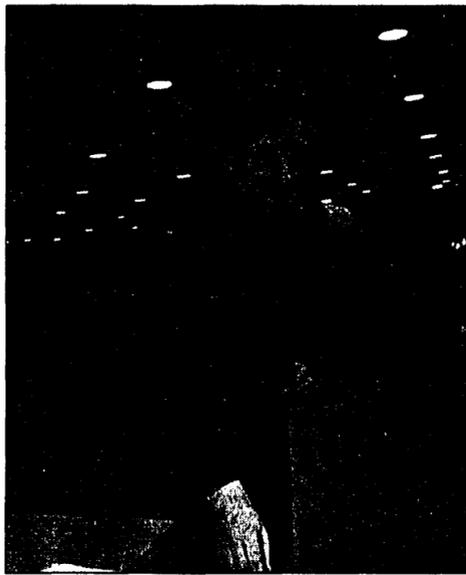
Präsidentenwahl in Finnland: Zweiter Wahlgang soll zwischen Halonen und Aho entscheiden

HELSINKI: Finnlands Außenministerin Tarja Halonen hat die erste Runde der Direktwahl für das Präsidentenamt in ihrem Land gewonnen. Die 56-Jährige kam beim gestrigen ersten Wahlgang auf 40 Prozent und lag damit klar vor Oppositionschef Esko Aho, für den 34,4 Prozent stimmten.

Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte, gehen Halonen und Aho am 6. Februar in eine Stichwahl. Bei Umfragen kurz vor der Wahl hatten die Außenministerin und der 45-jährige Aho von der bürgerlich-liberalen Zentrumsparterie gleichauf gelegen.

Ministerpräsident Paavo Lipponen von Halonens sozialdemokratischer Partei erklärte am Sonntag, er sei von dem guten Ergebnis seiner Parteikollegin überrascht worden. Zur Erklärung meinte er: «Sie hat einen sehr guten Wahlkampf geführt.»

«Die Zukunft wird zeigen, ob es ein Vor- oder Nachteil ist, bei der ersten Runde vorne zu liegen», sagte Aho im finnischen Fernsehsender YLE. Bei der Stichwahl fange alles wieder bei null an.



Bei der Präsidentschaftswahl in Finnland wird am 6. Februar in einem zweiten Wahlgang zwischen Esko Aho (links) und Tarja Halonen (rechts) entschieden. (Bilder: Keystone)



Die konservative Parlamentspräsidentin Riitta Ousukainen kam auf den dritten Platz mit 12,8 Prozent der Stimmen. Dahinter platzierte sich Ex-Verteidigungsministerin Elisabeth Rehn von der Schwedischen Volkspartei (der schwedisch-

sprachigen Minderheit in Finnland) mit 7,9 Prozent. Beide Politikerinnen erklärten nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses, sie würden keine Empfehlung für die Stichwahl abgeben. Deren Ausgang gilt als völlig offen. Rehn erklärte, sie habe

wenigstens frischen Wind in die Wahlkampagne gebracht. Die heutige UNO-Menschenrechtsbeauftragte für Bosnien hatte als Einzige deutlich Stellung bezogen und den raschen Beitritt Finnlands zur NATO gefordert.

Palästinenser verärgert

JERUSALEM/GAZA: Israel hat die nächste Etappe seines Truppenabzugs aus dem Westjordanland verschoben und damit erneut Spannungen mit den Palästinensern provoziert. Diese verurteilten den Aufschub am Sonntag als «Vertragsbruch».

Regierungschef Ehud Barak wolle die Position von Palästinenserpräsident Jassir Arafat bei seinem Besuch in den USA in dieser Woche abwarten. Erst dann werde er die Entscheidung über die Abzugsgebiete treffen, teilte sein Büro mit. Laut Barak findet in den USA möglicherweise auch ein Dreiertreffen zwischen ihm, Arafat und US-Präsident Bill Clinton statt.

Israel hat nach eigener Auffassung laut Friedensabkommen von Scharm el Scheich das Recht, die Donnerstag geplante Räumung von 6,1 Prozent des Gebietes um drei Wochen zu verzögern.

Partisanen-Krieg

Unterschiedliche Konzepte in Tschetschenien

GROSNY: Der Krieg in Tschetschenien wird von den Konfliktparteien ab sofort mit unterschiedlichen Konzepten geführt. Die tschetschenische Führung beschloss am Sonntag den landesweiten Partisanenkampf, Russlands Interimspräsident Wladimir Putin sprach vom etappenweisen Vorgehen seiner Truppen.

An allen Fronten dauerten am Sonntag die Kämpfe an. Dabei wurde erneut vor allem um die Hauptstadt Grosny hart gekämpft, berichtete Interfax. Gefechte wurden auch aus der Region um Wedeno gemeldet, einer der Verteidigungsbastionen der Rebellen im Gebirge im Süden der Republik.

«Ab sofort wird die Taktik des Partisanenkrieges angewendet», sagte der tschetschenische Verteidigungsminister Magomed Hambijew nach Angaben der Agentur Interfax. Der Partisanenkrieg der Tschet-

schenen werde künftig von mobilen Einsatzgruppen geführt werden, die russische Einheiten auf dem ganzen Gebiet Tschetscheniens angreifen sollen. Dadurch sollten auch breit angelegte Angriffe in der russischen Etappe systematisch eingeleitet werden, sagte Hambijew. Putin hatte zuvor ein etappenweises Vorgehen seiner Truppen im Feldzug in der von Moskau abtrünnigen Kaukasus-Republik angekündigt. «Als erste Etappe werden wir Grosny erobern, danach werden wir die Operation in den Bergen beenden», sagte er am Samstagabend im Fernsehsender ORT. Fristen und Zeitrahmen würden sich aus der militärischen Lage ergeben. Dabei würden die russischen Einheiten «hart, aber nicht unbarmherzig» vorgehen. Denn unangebrachte Härte würde den russischen Einheiten die Unterstützung der tschetschenischen Zivilbevölkerung nehmen, sagte Putin.

Föderation der Linken

TURIN: Die italienischen antikapitalistischen (DS) zeichnen mit ihrer Führung und neuen Zielen im Jahr 2000. Der Parteichef Walter Veltroni sprach am Sonntag in Turin über die neuen Gegenmaßnahmen, die er mit der DS im kommenden Jahr beabsichtigt. «Wir werden die DS als Reformpartei eines autonomen Sozialismus» die DS strebt eine Föderation der italienischen Mitte-Linksparteien an, ohne jedoch die Partei zu verlassen. Die Föderation wird ein einziges Spitzenbüro bekommen, zum neuen Nationalbündnis gehören im kommenden Jahr vom jetzigen EU-Kommissionspräsident Romano Prodi gegründete demokratische Gruppen wie die D. Die Föderation erachtet sich als ein Schritt in die Richtung der Linken, die im Jahr 1997 im Rahmen des Modells der Föderation der Linken gegründet wurde, werden soll.

Demonstration für Elians Rückkehr

Kubanische Regierung organisiert Proteste

HAVANNA: Hunderttausende haben am Wochenende in Havanna für die Rückkehr des Flüchtlingsjungen Elian Gonzalez aus den USA demonstriert. Zu einer von der Regierung organisierten Versammlung erschienen am Samstag 150 000 Menschen.

«Wie lange müssen wir noch warten», rief der Schauspieler Julio Casanova in die Menge. Er bezeichnete die Verwandten des Jungen in Miami als «die Folterknechte seiner Unschuld». Etwa 100 000 Frauen zogen am Freitag mit kubanischen Flaggen zur US-Vertretung und riefen «Bringt unseren Jungen zurück!»

Am Samstag traf sich die Menge an der Stelle, an der der kubanische Präsident Fidel Castro vor fast vier Jahrzehnten den Sozialismus ausrief. Auch der internationale Folksänger Silvio Rodriguez beteiligte sich an der Kundgebung, die vom staatlichen Fernsehen live übertragen wurde.

Die ursprünglich von den US-Behörden gesetzte Frist für die

Rückführung des Jungen war am Freitag abgelaufen. Justizministerin Janet Reno hatte sie jedoch auf unbestimmte Zeit verlängert, um den in Miami lebenden Angehörigen die Möglichkeit zu geben, sich vor einem Bundesgericht für ein Bleiberecht des Kindes einzusetzen. Der

Präsident der Nationalversammlung Ricardo Alarcon kritisierte, dass Reno keine neue Frist setzte. Er forderte, die US-Einwanderungsbehörde, die eine Rückkehr des Jungen zu seinem in Kuba lebenden Vater befürwortet, solle ihren Beschluss umsetzen.



Mehr als hunderttausend Menschen demonstrierten am Wochenende in Havanna für die Rückkehr des Flüchtlingsjungen Elian Gonzalez. (Bild: Key)

Luther King als Märtyrer

WASHINGTON: Papst Johannes Paul II. soll den 1968 ermordeten schwarzen Bürgerrechtler Martin Luther King zum Märtyrer erklären. Das haben die katholischen Bischöfe der USA nach einem Bericht des «Boston Globe» vorgeschlagen. Die USA ehren Martin Luther King jährlich mit einem Feiertag, der an diesem Montag begangen wird. Der Führer des gewaltlosen Widerstandes gegen die Rassentrennung und Baptistenprediger wäre am Samstag 71 Jahre alt geworden. Der Zeitung zufolge ist Kings Name in einer Vorschlagsliste der Märtyrer im 20. Jahrhundert enthalten.

PanAlpina Sicav Alpina V

Preise vom 14. Januar 2000	
Kategorie A (thesaurierend)	
Ausgabepreis:	€ 66,30
Rücknahmepreis:	€ 64,89
Kategorie B (ausschüttend)	
Ausgabepreis:	€ 65,70
Rücknahmepreis:	€ 64,29